

Vorlage Stadtparlament durch das Präsidium des Stadtparlaments vom 20. November 2019

Datum 3. Dezember 2019
Beschluss Nr. 3589
Aktenplan 150.01 Stadtparlament: Rechtliches

Nachtrag VI zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments (SRS 151.1) und Erlass eines Reglements über die Entschädigung des Stadtparlaments (neu)

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Es wird ein Nachtrag VI zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments erlassen.
2. Es wird ein Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments erlassen.
3. Die Motion «Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments» wird als erledigt abgeschrieben.

1 Ausgangslage

Die Geschäftsprüfungskommission, vertreten durch ihren Präsidenten, hat mit insgesamt 57 Unterschriften am 13. September 2016 die Motion «Entschädigungsreglement» eingereicht. Der Stadtrat wird darin gebeten, ein Reglement auszuarbeiten, welches die Entschädigung sämtlicher Kommissionen und Gremien der Stadt vorgibt. Aufgrund der verschiedenen Zuständigkeiten teilte das Stadtparlament dieses Geschäft in eine Motion «Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments» und ein Postulat «Reglement über die Entschädigung von Verwaltungskommissionen» auf. Die Motion wurde am 28. März 2017 mit folgendem Wortlaut für erheblich erklärt:¹

«Das Präsidium des Stadtparlaments wird gebeten, ein Reglement auszuarbeiten, welches die Entschädigung des Stadtparlaments sowie der parlamentarischen Kommissionen vorgibt.»

Gegenstand dieser Vorlage bildet lediglich diese Motion. Die Entschädigung der Mitglieder von Verwaltungskommissionen ist demgegenüber nicht Gegenstand dieser Vorlage, sondern wird im Rahmen des separaten Postulats behandelt.

Die Ausrichtung von Sitzungsgeldern und pauschalen Entschädigungen an die Mitglieder und Fraktionen des Stadtparlaments stützt sich bisher auf Art. 106 f. des Geschäftsreglements des Stadtparlaments (SRS 151.1). Darin wird lediglich in allgemeiner Form festgehalten, dass die Mitglieder des

¹ Parlamentsvorlage vom 15. November 2016, Nr. 4896, «Motion der Geschäftsprüfungskommission: Entschädigungsreglement; Frage der Erheblicherklärung», wurde vom Stadtparlament am 28. März 2017 unverändert genehmigt.

Stadtparlaments Anspruch auf ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an Sitzungen des Parlaments, des Präsidiums und der parlamentarischen Kommissionen haben. Auch die Entschädigung der Fraktionen wird in Art. 106 des Geschäftsreglements vorgesehen. Die konkrete Ausgestaltung der Entschädigung erfolgte mit der Parlamentsvorlage vom 27. März 2007, welche vom Stadtparlament an seiner Sitzung vom 2. Mai 2007 unverändert verabschiedet wurde.

Das Präsidium ist der Auffassung, dass die geltenden Ansätze und Beiträge auch heute noch angemessen sind und deshalb keiner materiellen Überarbeitung bedürfen. Dennoch ist es angezeigt, die geltende Regelung in ein Reglement zu fassen. Hierfür ist einerseits das Geschäftsreglement des Stadtparlaments anzupassen und andererseits ein neues Reglement zu verabschieden. Im Rahmen der Revision des Geschäftsreglements sollen zudem zwei weitere kleinere Anpassungen (Art. 37 sowie Anhang gemäss Art. 98 des Geschäftsreglements) vorgenommen werden.

Das Präsidium des Stadtparlaments verabschiedete am 13. November 2018 eine entsprechende Vorlage an das Stadtparlament, welche von diesem aber am 25. Juni 2019 mit folgendem Auftrag zurückgewiesen wurde:

«Das Geschäft wird an das Ratspräsidium zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Regeln bei Ton- und Bildaufnahmen im Ratssaal (Nachtrag, Art. 37 Abs. 1) eindeutiger zu formulieren sowie bei der Entschädigung des SC Stadtparlament (Reglement über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtparlaments, Art. 11 Abs. 3) zu klären, in welcher Form diese an die Standards bei anderen Subventionsempfängern der Stadt angepasst wird.»

Das Präsidium überarbeitete die Vorlage am 20. November 2019.

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

2.1 Nachtrag VI zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments

Art. 37 Abs. 1

Die geltende Fassung von Art. 37 Abs. 1 des Geschäftsreglements sieht vor, dass es für sämtliche optische und akustische Aufnahmen im Sitzungssaal und auf der Tribüne einer Bewilligung bedarf. Aufgrund der technologischen Fortschritte in diesem Bereich erscheint diese Regelung nicht mehr zeitgemäss. Die Aufnahmen, beispielsweise mit Mobiltelefonen, stören den Ratsbetrieb in der Regel nicht mehr. Es ist deshalb angezeigt, diese Bestimmung zu lockern: Optische und akustische Aufnahmen sind im Sitzungssaal und auf der Tribüne neu gestattet, sofern sie den ordentlichen Parlamentsbetrieb nicht beeinträchtigen.

Art. 106 und 107

Im Rahmen dieser Revision wird ein separates Reglement über die Entschädigung der Parlamentsmitglieder erlassen. Die rudimentären Bestimmungen in den geltenden Art. 106 und 107 des Geschäftsreglements sollen entsprechend aufgehoben bzw. auf einen allgemeinen Verweis auf das neue Reglement reduziert werden. Die inhaltlichen Bestimmungen der bisherigen Regelungen werden in das neue Reglement überführt (Art. 4, 8 und 9 des Reglements über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtparlaments).

Anhang gemäss Art. 98

Im Rahmen der Revision wird die Gelegenheit genutzt, den Anhang gemäss Art. 98 des Geschäftsreglements (Wahl von Abordnungen) zu bereinigen:

- Parkgarage AG: Die Parkgarage AG wurde im Jahr 2006 in City Parking St.Gallen AG umfirmiert. Der Anhang ist entsprechend anzupassen.
- Verwaltungsrechenzentrum St.Gallen AG: Die Verwaltungsrechenzentrum St.Gallen AG hat im Jahr 2018 mit der Abraxas Informatik AG fusioniert. Im Rahmen dieser Fusion wurden sämtliche Aktiven und Passiven der Verwaltungsrechenzentrum St.Gallen AG durch die Abraxas Informatik AG übernommen. Die Stadt ist zwar Aktionärin der Abraxas Informatik AG, aber nicht in deren Verwaltungsrat vertreten.

2.2 Reglement über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtparlaments

Art. 1 – Zweck

Das neue Reglement bezweckt, die Entschädigungen der Mitglieder des Stadtparlaments generell-abstrakt zu regeln. Bisher stützte sich die Entrichtung der Entschädigung auf einen Parlamentsbeschluss aus dem Jahr 2007. Mit dieser Vorlage soll die geltende, bewährte Regelung – in den Grundzügen unverändert – in einen generell-abstrakten Erlass überführt werden. Dadurch wird eine klare und transparente Regelung geschaffen. Entsprechend beinhaltet der Erlass die Regelung der Sitzungsgelder (Art. 5-7) sowie der pauschalen Entschädigungen für Mitglieder des Stadtparlaments (Art. 8), die Fraktionsentschädigungen (Art. 9) sowie weitere Beiträge für die Parlamentstätigkeit (Art. 10-11).

Art. 2 – Auszahlung

Dieser Artikel entspricht der bisherigen Regelung und Praxis.

Art. 3 – Teuerungsindexierung

Neu sollen die Entschädigungen für die Mitglieder des Stadtparlaments teuerungsindexiert werden. Dadurch wird sichergestellt, dass das Reglement langfristig Bestand haben wird und die Entschädigungen nicht zeitnah wieder angepasst werden müssen. Eine Teuerungsindexierung bei Entschädigungen von Parlamentsmitgliedern kennen auch andere Gemeinwesen. Die vorgeschlagene Regelung entspricht beispielsweise in weiten Teilen der Bestimmung der Stadt Luzern.²

Art. 4 – Sozialversicherungsrechtliche Beiträge

Allfällige sozialversicherungsrechtliche Beiträge sind von den Sitzungsgeldern bzw. Entschädigungen in Abzug zu bringen. Die in diesem Reglement aufgeführten Beträge sind deshalb Bruttobeträge.

Art. 5 – Sitzungsgelder

Absatz 1 dieser Bestimmung entspricht Art. 106 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments. Die Bestimmung im Geschäftsreglement wird aufgehoben und ins neue Reglement aufgenommen. Neu wird die gelebte Praxis erwähnt, dass auch Sitzungen von Ausschüssen parlamentarischer Kommissionen (Bsp.: GPK-Delegationen) sitzungsgeldberechtigt sind.

² Art. 5 Abs. 2 der Verordnung über die Sitzungsgelder und Entschädigungen der Mitglieder des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000.

In Absatz 2 werden die Ansätze für die Sitzungsgelder aufgeführt. Sie entsprechen denjenigen Sitzungsgeldern, die in der Parlamentsvorlage vom 27. März 2007 (vom Parlament unverändert beschlossen am 2. Mai 2007) festgesetzt wurden. Bereits bisher wurde für die Berechnung des Sitzungsgeldes auf eine halbe Stunde auf- und abgerundet. Diese Praxis soll fortgeführt werden (siehe auch Art. 6 Abs. 2 dieses Reglements). Entsprechend rechtfertigt es sich, die Entschädigung (welche anschliessend an die pauschale Entschädigung für die ersten drei Stunden erfolgt) für jede halbe Stunde auf CHF 15 festzulegen (bisher war eine Entschädigung von CHF 30 für jede weitere Stunde vorgesehen).

Art. 6 – Entschädigungsberechtigter Aufwand

In Absatz 1 wird klargestellt, dass nur derjenige zeitliche Aufwand abgegolten werden soll, der tatsächlich an der Sitzung geleistet wird. Dies entspricht der Natur der Sitzungsgelder. Entsprechend sollen insbesondere Vorbereitungsarbeiten für die Sitzungen nicht entschädigt werden.

Die Absätze 2 und 3 werden unverändert von der Parlamentsvorlage vom 27. März 2007 übernommen.

Art. 7 – Vorsitzendes Mitglied

Die Regelung entspricht den Bestimmungen der Vorlage vom 27. März 2007. Aufgrund des grösseren Aufwandes ist es gerechtfertigt, dass die Präsidentin bzw. der Präsident des Stadtparlaments bzw. der parlamentarischen Kommissionen ein doppeltes Sitzungsgeld erhält. Dies gilt gemäss gelebter Praxis auch für die Vorsitzenden von Ausschüssen parlamentarischer Kommissionen (Bsp.: GPK-Delegationen).

Art. 8 – Pauschalen

In diesem Artikel werden die pauschalen Entschädigungen für die Präsidentinnen bzw. Präsidenten von Parlament, Fraktionen und Geschäftsprüfungskommission sowie für die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission zusammengeführt. Diese Pauschalen sind ebenfalls durch einen ausserordentlichen Aufwand der einzelnen Mitglieder des Parlaments gerechtfertigt – so haben insbesondere die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission einen Zusatzaufwand bei der Vorberatung von Budget und Rechnung. Dieser überdurchschnittliche Einsatz soll mittels einer Pauschale honoriert werden. Gestützt auf die Parlamentsvorlage vom 27. März 2007 wurden bereits bisher diese Pauschalen ausgerichtet. Auch an der Höhe der Pauschalen ändert sich nichts.

Art. 9 – Fraktionsentschädigungen

Die Absätze 1 und 3 entsprechen der geltenden Regelung von Art. 106 Abs. 2 und 3 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments. Sie werden unverändert in das neue Reglement überführt. Absatz 2 legt die Höhe der Fraktionsentschädigung fest, welche sich im Vergleich zur Regelung aus dem Jahr 2007 nicht verändert.

Art. 10 – Besondere Entschädigungen

Dieser Absatz entspricht Art. 107 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments, welcher aufgehoben wird.

Art. 11 – Beiträge an Anlässe und Institutionen

Im Laufe einer Legislatur finden verschiedene Anlässe statt, welche finanziell unterstützt werden sollen. Entsprechend gibt es Beiträge für eine Legislaturreise und ein Legislaturessen der Kommissionen, die Präsidentinnen- bzw. Präsidentenfeier des Stadtparlaments sowie finanzielle Unterstützung des Sportclubs des Stadtparlaments. Auch diese Beiträge werden mit dem neuen Reglement nicht neu geschaffen, sondern werden bereits jetzt – gestützt auf die Vorlage vom 27. März 2007 – ausgerichtet. Neu werden die bisherigen Beiträge an den SC Stadtparlament breiter gefasst: Jährlich stehen CHF 6'500 zur Verfügung für Aktivitäten, welche von Mitgliedern des Stadtparlaments organisiert werden und allen Mitgliedern des Stadtparlaments offenstehen. Über die Vergabemodalitäten entscheidet das Präsidium des Stadtparlaments.

Die Präsidentin:

Barbara Frei

Der Ratssekretär:

Manfred Linke

Beilagen:

- Synopse zum Nachtrag VI zum Geschäftsreglement inkl. Anhang 1
- Reglement über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtparlaments
- Motion GPK Stadt St.Gallen: Entschädigungsreglement vom 13. September 2016